

Frischekur für den Geist der Demokratie



Foto: Fred Moon auf unsplash.com

Nichtwähler ins Parlament

Werner Peters

also ein gemischt aleatorisch-repräsentatives System, ausspricht. In der Tat, Wahlen verfehlen zunehmend ihr Ziel, stabile politische Verhältnisse zu schaffen, wie die letzte Bundestagswahl gezeigt hat, und leiden darunter, dass sie einen Großteil der Bevölkerung von der Repräsentation im Parlament ausschließen. Nimmt man die Wähler der sogenannten „Sonstigen“ dazu, die wegen der 5 %-Hürde den Einzug ins Parlament verpasst haben, so ist mit den Nichtwählern, die immerhin ein Viertel der Bevölkerung stellen, annähernd ein Drittel der Bürger nicht im neuen Bundestag vertreten, wobei dieser aufgrund der Unfähigkeit der Parteien zu grundlegenden Reformen – nicht einmal im eigenen Haus – erneut auf 125 % seiner Sollgröße aufgebläht wurde.

Die Parteiendemokratie dämmert ihrem Ende entgegen. Die Politikverdrossenheit der Bürger steigt im gleichen Maße, wie die Fähigkeit und Bereitschaft der Politiker zu ernsthaften Reformen an den politischen Strukturen abnehmen. Mit der CDU im freien Fall verschwindet auch die letzte Volkspartei. Die Auflösung der Blöcke und an deren Stelle eine hektische Suche nach Koalitionsmehrheiten unter Parteien verschiedenster politischer Ausrichtung wird das Vertrauen in die Zuverlässigkeit der Politik weiter schwinden lassen.

Ohne die Parteien für das ganze Ausmaß der vorhandenen und sich weiter ausbreitenden Demokratiemüdigkeit verantwortlich zu machen, ist es offensichtlich ihre alles beherrschende Präsenz in Politik und Gesellschaft, an der eine Reform der demokratischen Strukturen anzusetzen hat. „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit“ heißt es in Art. 21, 1 GG. Diesen Auftrag zur „Mit“-wirkung haben die deutschen Parteien zum Anlass genommen, im Laufe der Zeit ihre Dominanz in der Politik immer weiter aus-

Werner Peters hat 2018 in dieser Zeitschrift einen Artikel „Nichtwähler ins Parlament“ veröffentlicht, in dem er sich dafür ausspricht, zur Auffrischung der Demokratie neben den gewählten Parteivertretern aus der Bevölkerung geloste Bürger entsprechend dem Prozentsatz der Nichtwähler ins Parlament zu senden.

Er hat diese Idee inzwischen in einem Buch vertieft und um Gedanken zum inneren Kern von Demokratie und der ambivalenten Rolle von Wahlen erweitert.

In diesem Artikel hat Werner Peters die in dem Buch entwickelten Argumente für ein gemischt aleatorisch-repräsentatives Parlamentssystem zusammengefasst.

.....
„Wahlen allein sind primitiv. Eine Demokratie, die sich darauf reduziert, ist dem Tod geweiht“ so hat David van Reybrouck in seinem 2013 erschienenen Buch „Gegen Wahlen“ geschrieben, in dem er sich für eine Einbeziehung des Losverfahrens bei der Zusammensetzung des Parlaments,

zudehnen und andere Akteure, etwa aus der Zivilgesellschaft, von politischen Entscheidungen weitestgehend auszuschließen.

Die Parteien haben sich nicht angepasst an die gewachsenen Bedürfnisse der Menschen nach unmittelbarer Mitbestimmung am politischen Geschehen. Sie halten fest an alten Strukturen und bieten den Bürgern außer Teilnahme an Wahlen keine Möglichkeit, sich wirkungsvoll einzubringen in die politische Gestaltung der Gesellschaft. Dies aber wird zunehmend als nicht ausreichend empfunden, weil der Glaube an Wahlen als Anstoß zu Veränderungen und Reformen einer Resignation des „es ändert sich ja doch nichts“ Platz gemacht hat und die Parteien nicht mehr als Sachwalter des Gemeinwohls und Träger von Zukunftsvisionen wahrgenommen werden.

Die Menschen sind politisch aktiv geworden, allerdings nicht in den Parteien, sondern in eigenen Initiativen und Aktionsgruppen. Sie mischen sich ein in die Politik, bestreiten den Parteien den Anspruch, als ihre Vertreter oder gar Vormunde allein die Politik zu bestimmen. Mit der weiten Verbreitung des Internet und den immer leichteren und immer schnelleren Möglichkeiten der Vernetzung ist eine weitere Welle politischer Aktivitäten in Form von Kampagnen, Petitionen, Aufrufen dazu gekommen. Das politische Engagement ist unübersehbar, aber es bricht sich an den Strukturen, die das Monopol des politischen Handelns und Entscheidens im Parlament verankert haben, in dem aufgrund des Wahlsystems nur die Parteien das Sagen haben.

Hier zeigt sich das eigentliche Problem der Parteiendemokratie. Nicht nur sind die Menschen politisch mündiger geworden und wollen die Politik nicht mehr allein den gewählten Vertretern überlassen, es hat sich auch ein gesundes Misstrauen herausgebildet, was die Gemeinwohlorientiertheit der Parteien und ihrer Abgeordneten angeht. Vom Einfluss der Lobbyisten und starker Verbände ganz abgesehen, sind die Eigeninteressen an Machtgewinn und Machterhalt und am Fortgang der Karriere mindestens so bestimmend wie die Interessen der

Allgemeinheit. Auch wenn immer noch eine Mehrheit der Bürger den Parteien ihre Stimme gibt, zeigt doch die abnehmende Wahlbeteiligung und eine Zunahme von Bürgern, die sich bewusst als Nichtwähler identifizieren eine deutliche Entfremdung der Bürger von den Parteien.

Die Schwäche der Parteien, ihre wachsende Unfähigkeit, das Wahlvolk an sich zu binden, höhlt das parlamentarische System auf Dauer aus und mit ihr das Vertrauen in die Demokratie.



Joao Marcelo Martins auf unsplash.com

Demokratie ist „Demokratie in Bewegung“

Wir müssen uns mit der Tatsache auseinandersetzen, dass Demokratie nichts Statisches ist, das, einmal erworben, ein sicherer Besitz geworden ist. Im Gegenteil, sie muss ständig beobachtet, gepflegt und eigentlich immer wieder neu erworben werden, indem sie an die veränderten Umstände und an die sich ändernden Bedürfnisse der Menschen angepasst wird. Demokratie ist „Demokratie in Bewegung“, in permanenter Reform. Wenn das nicht geschieht, stirbt der Geist der Demokratie, und es bleiben nur noch die Rituale.

„Post-Demokratie“

Der politische Philosoph Colin Crouch hat dieses Phänomen reifer, ihre Energie verlierender Demokratien als „Post-Demokratie“ bezeichnet. Sie ist für ihn das Endstadium einer Entwicklung, die er mit dem Bild einer Parabel oder einer abgeschnittenen Ellipse als Weg einer Gesellschaft vom Gewinnen zum Verlieren der Demokratie nachzeichnet: er spricht von einer Phase der Vordemokratie, in der die Kurve auf beiden Achsen noch

weit vom idealen Scheitelpunkt der vollendeten Demokratie entfernt ist und sich dann diesem nähert, ohne ihn ganz zu erreichen, dann aber wieder sich von ihm löst und in die Unendlichkeit der Post-Demokratie abwandert. Es kommt also alles darauf an, nicht nur möglichst nahe an diesen Idealzustand heranzukommen, sondern vor allem den zentrifugalen Kräften zu widerstehen, die an der Demokratie zerrren und sie so schwächen, dass sie ihren Halt am Ideal verliert und in die Post-Demokratie abdriftet. Es ist das Paradox der Demokratie, dass sie nur, indem sie sich entwickelt, erhalten bleibt. Nur was sich ändert, bleibt bestehen.

Die Wahl – kein demokratisches Element

Wenn man sich mit der Frage beschäftigt: Was macht denn eigentlich Demokratie aus, so macht man die überraschende Entdeckung, dass die Wahl kein konstituierendes Element der Demokratie ist, sondern im Gegenteil ein aristokratisches, indem sie die „Macht des Volkes“ – *demo-kratia* – an Repräsentanten delegiert, die für das Volk politisch agieren. In der Ur-Demokratie im Athen des 5. Jahrhunderts vor Christus regierte das Volk sich selbst, indem jeden Tag immer wieder aus der Bürgerschaft Mitglieder ausgelost wurden, die für diesen Tag die Staatsgeschäfte besorgten. Der Philosoph Aristoteles hat in seiner Abhandlung über die verschiedenen Staatsformen als das entscheidende Kriterium für die Demokratie herausgestellt, dass in ihr „die Regierten gleichzeitig Regierende“ sind, das heißt also das Staatsvolk gleichzeitig seine eigene Regierung bildet. Wahlen, die es auch in Athen für einige besonders herausgehobene Ämter, z. B. die Strategen, gab, sind für Aristoteles ein aristokratisches Element, insofern das Volk seine Macht an Repräsentanten übergibt.

Nur die eigene und unmittelbare Regierung der Bürger durch die Bürger selbst ist eine wirkliche Demokratie.

Diesen entscheidenden Wesenskern der Demokratie sollte man sich bewusst machen, wenn es darum geht, demokratische Verhältnisse in einer Gesellschaft zu erhalten und ihr Abgleiten in die Post-Demokratie durch struk-

turelle Reformen zu verhindern. Auch wenn in unseren Massengesellschaften politische Verhältnisse nicht so zu organisieren sind wie im überschaubaren Stadtstaat Athen, ist es durchaus möglich, die Bürger nicht nur durch Wahlen über Repräsentanten (sprich Parteivertreter), sondern auch unmittelbar per Losverfahren an der Gestaltung der Politik zu beteiligen.

Im Folgenden sollen die Grundzüge eines solchen gemischt aleatorisch-repräsentativen Parlamentarismus dargestellt werden. Zu seiner Verwirklichung bedarf es nur der Orientierung am Geist der Demokratie und des politischen Willens, eingefahrene Denkmuster in Frage zu stellen und Macht abzugeben.

Die Tatsache, dass die Wahl eigentlich nicht zur Demokratie gehört, ist völlig aus dem Bewusstsein verschwunden, sie ist aber eigentlich von Anfang an bei der Wiederentdeckung der Demokratie nach gut zweitausend Jahren im Zuge der Aufklärung im 18. Jahrhundert unterdrückt worden. Während die Philosophen Montesquieu und Rousseau noch durchaus radikaldemokratische Ideen vertreten haben, spielten diese in den Verfassungsdebatten nach dem Sturz der Monarchie keine Rolle mehr. Die „Revolutionäre“ der ersten Stunde kamen überwiegend aus dem gehobenen Bürgertum und hatten keine besonders hohe Meinung vom Volk (dem *demos*). Im Gegenteil, sie fürchteten durchaus zurecht, dass eine echte Demokratie, das heißt eine politische Ermächtigung auch der Unterschichten, die wirtschaftlichen Verhältnisse umstürzen und die Gesellschaft ins Chaos stürzen würde.

Montesquieu und Rousseau hatten sich in ihrer politischen Philosophie auf Aristoteles bezogen und mit ihm das athenische Modell mit seiner Mischung aus Losverfahren und Wahl als funktionsfähig und im wahren Wortsinne demokratisch dargestellt. Einzelne Stimmen wie die von Marat, der ausrief: „Was haben wir denn von der Zerstörung der Aristokratie der Adligen gewonnen, wenn sie nachher wieder durch eine Aristokratie der Reichen ersetzt wird“, wurden marginalisiert. Die politische Elite, von der die Französische Revolution nach der Erstürmung der Bastille durch das Volk weiter

fortentwickelt wurde, hat von Anfang an auf eine repräsentative „Demokratie“ gesetzt, also eine Vertretung des Volkswillens durch gewählte Politiker.

erstens als Regenten Männer zu finden, die genügend Weisheit besitzen, um das gemeinsame Wohl für die Gesellschaft zu erkennen, und genügend Tugend, um



Foto: Anthony Garand auf unsplash.com

Keine direkte Demokratie bei der Gründung der USA



Bei der mehr als ein Jahrzehnt vorher stattgefundenen amerikanischen Revolution, die ja kein Umsturz der gesellschaftlichen Verhältnisse war, sondern ein Aufstand gegen eine als Willkür empfundene Fremdherrschaft, kam der Gedanke an eine tatsächliche Volksherrschaft gar nicht erst auf, auch wenn der Text der Verfassung emphatisch mit „We the People“ ansetzt. Die Träger der amerikanischen Befreiungsbewegung waren wohl situierte Landbesitzer und städtische Honoratioren, in allem außer dem Namen, eine Aristokratie des Landes.

Der Gedanke, die neu gewonnene Macht dem Volk direkt anzuvertrauen, kam gar nicht erst auf, er wurde von den geistigen Gründervätern der Nation sogar auf das Entschiedenste zurückgewiesen. John Adams, der spätere zweite Präsident, schreibt in seinem Essay „Thoughts on Government“, dass es entscheidend sei, „Macht von den Vielen auf die wenigen Besterfahrenen und Guten zu übertragen“.

Ähnlich argumentiert James Madison, auch er ein späterer Präsident, in einem der Essays der Federalist Papers, in denen er für die Annahme der Verfassung wirbt: „Das Ziel jeder politischen Verfassung ist – oder sollte es zumindest sein –

es zu verfolgen... Dass die führenden Männer durch die Wahl bestellt werden, ist die charakteristische Verfahrensweise der republikanischen Regierungsform“.

Die amerikanischen Gründerväter hatten keine Demokratie im Blick, sondern haben eine Republik errichtet, und deren Gestaltungsmerkmal ist die Wahl. „Dem demokratischen Prinzip ist dadurch Genüge getan, dass bei der Wahl der natürlichen ‚aristoi‘“, wie Thomas Jefferson, ein weiterer späterer Präsident, wörtlich formulierte, „alle Staatsbürger beteiligt sind“.

Das entscheidende Kriterium ist die Wahl und damit die Repräsentation des Volkes durch eine eigene Gruppe von Politikern statt der direkten Teilhabe des Volkes an der Regierung. Während im alten Athen jeder Bürger nicht nur in seinem Recht und seiner Funktion, sondern in seinem Namen ein Politiker – *polites* – war, blieb dies bei der Wiederentdeckung und Neugründung der Demokratie einer vom Volk abgehobenen Schicht von Männern (Frauen waren sowieso ausgeschlossen) vorbehalten, die durch Wahlen zum Regieren berufen wurden. Die Identität von Regierenden und Regierten, die Aristoteles als den eigentlichen Kern der Demokratie herausgearbeitet hat, blieb bei der Neuentdeckung der Demokratie im 18. Jahrhundert auf der Strecke, ohne dass dieser Verlust je realisiert wurde.

Geburtsfehler der modernen Demokratie

Diese der Idee der Demokratie zugrundeliegende Identität von Regierten und Regierenden geht weit über die formale Installation von Regierungsämtern hinaus. In ihr verwirklicht sich das Wesen der Demokratie, die nicht nur die Gleichheit, sondern auch die Freiheit der Bürger verwirklichen will: Gleichheit, indem jeder die Chance hat, an der Regierung beteiligt zu werden, und Freiheit, indem sich jeder bewusst ist, dass er sozusagen Regierender im Wartestand ist.

Mit dem Geburtsfehler der modernen Demokratie leben wir bis heute. Mit absoluter Selbstverständlichkeit wird eine Regierungsform mit gewählten Repräsentanten als Demokratie bezeichnet, auch wenn es sich in Wirklichkeit um eine Art Aristokratie handelt, bei der die Besetzung der Regierung statt wie in feudalen Zeiten durch Erbfolge in den modernen Verfassungen durch Wahlen erfolgt.

Der einleitend zitierte van Reybrouck weist darauf hin, dass zu dieser Begriffsverwirrung das 1835 und in einem zweiten Teil 1840 erschienene ungewein einflussreiche Buch von Alexis de Tocqueville „Über die Demokratie in Amerika“ beigetragen hat. Es war im strengen Sinn keine Demokratie, die er dort beobachtet hat, sondern eine Gesellschaft mit einer republikanischen Verfassung. Das Buch hätte korrekterweise heißen müssen: „Über den republikanischen Geist in den Vereinigten Staaten von Amerika“.

So aber setzte sich die Vorstellung von Demokratie als einer Staatsform durch, in der die Bürger die Möglichkeit haben, durch periodisch stattfindende Wahlen ihre Repräsentanten im Parlament und darüber ihre Regierung zu bestimmen. Eine weitergehende politische Einflussnahme der Bürger zwischen und außerhalb von Wahlen ist in diesem System nicht vorgesehen. Das Volk darf wählen, ist aber dann nur noch „regiertes“. Der Demos hat zwischen den Wahlen keine Macht (*kratos*). Außerhalb von Wahlen gibt es streng genommen keine Volksherrschaft (*demokratia*). Das Volk gibt seine Stimme ab und hat bis zur nächsten Wahl nichts mehr zu sagen.

Die Erinnerung an den Wesenskern der Demokratie ist verloren

Dieses Bild von Demokratie hat sich bis heute verfestigt. Substantielle Veränderungen an den demokratischen Strukturen konnten sich nicht entwickeln, weil die Erinnerung an den Wesenskern der Demokratie (Identität von Regierenden und Regierten) verloren gegangen war und Demokratie mit Repräsentation und Wahlen gleichgesetzt wurde. Wahlen wurden als geradezu konstitutiv für die Demokratie angesehen.

Wahlen und die Entstehung von Parteien

Dass die Wahl als solche vom Prinzip her gar kein demokratisches Element ist, muss überhaupt erst wieder ins Bewusstsein kommen, wenn man unvoreingenommen über Möglichkeiten nachdenken will, wie die in Ritualen erstarrte und in ihren Strukturen festgefahrene Demokratie reformiert und wiederbelebt werden kann.

Die Wahl hat das Entstehen von Parteien begünstigt, ja, sie überhaupt erst notwendig gemacht. Wenn Bürger ihre Regierung wie im alten Athen per Losverfahren aus den eigenen Reihen bestimmen, können Parteien gar nicht erst entstehen. In der modernen Massendemokratie sind sie zur Identifikation politischer Ziele und als Zusammenschluss politisch Gleichgesinnter unverzichtbar. Aber die Parteien sind nicht nur Organe der „politischen Willensbildung“, wie es in unserem Grundgesetz heißt, sie haben auch ein Eigenleben, sie streben nach der Macht und wollen sie bewahren. Aus der „Mitwirkung an der politischen Willensbildung ist eine absolute Dominanz der Parteien in der politischen Arena geworden, der Weg zur Gestaltung der Politik in der modernen Gesellschaft geht nur über eine Partei. Politische Veränderungen finden nur innerhalb des Parteienspektrums, aber nicht außerhalb statt. Wir leben in einer Parteiendemokratie.

Die Wahl und in ihrer Konsequenz die Entstehung des Parteienstaates hat in einer besonderen Weise zu einer Reduzierung des demokratischen Elements geführt. Die so gewählten Abgeordneten, die nach dem Willen des

Grundgesetzes in ihren politischen Entscheidungen nur ihrem Gewissen verpflichtet sein sollen, fühlen sich eben nicht so sehr als Repräsentanten des Bürgerwillens, sondern als Vertreter ihrer Partei und von deren Zielen und Interessen. Sie verzichten weitgehend auf ihr Mandat der Eigenständigkeit und ordnen sich willig der Fraktionsdisziplin und Koalitionstreue unter. Auch diese Praxis wird inzwischen bis in die Kommunalparlamente durchgereicht und führt zu einer weiteren Degeneration der Demokratie in unserem politischen System.

Distanz zwischen Wählern und Gewählten

Die Wahl des Abgeordneten über die Partei und damit seine Abhängigkeit von dieser und Verpflichtung eher ihr als den Bürgern gegenüber hat die Distanz zwischen den Wählern und den Gewählten vertieft. Die Wahl wird nicht so sehr als ein Mandat, eine Aufgabe, eine Verpflichtung gegenüber den Wählern gesehen, ihre Interessen wahrzunehmen, sondern eher als der erste Schritt zum Beginn einer eigenen Karriere. Der gewählte „Vertreter“ des Volkes hat sich verselbständigt und wird zum Berufspolitiker, der die periodische Wiederwahl als Ritual erlebt, das ihn in seiner „Berufung“ bestätigt. Nicht selten lässt ihn dieser Beruf auch die Seiten wechseln, wo er nach dem Ausscheiden aus dem Parlament als Lobbyist sich der Vertretung von Partikularinteressen widmet.

Die durch die Wahl geförderte Entwicklung zur Parteiendemokratie hat ein konfrontatives politisches System begünstigt, in dem sich jeweilige Regierungs- und Oppositionsparteien mehr oder weniger kompromisslos gegenüberstehen, und die einen versuchen, ihr politisches Programm durchzusetzen, und die anderen, durch heftige Kritik daran in der Öffentlichkeit Aufmerksamkeit und Zustimmung zu erzielen. Wir haben uns inzwischen so an diese Art von Parlamentarismus gewöhnt, dass wir nicht wahrnehmen, dass es neben dieser konfrontativen Politik, bei der es weniger um die Sache geht, als darum, für die nächsten Wahlen zu punkten, auch eine konsensuale Form der politischen Auseinandersetzung gibt, wie sie zum Beispiel in der Schweiz gepflegt wird, wo alle Parteien

nach ihrem Stimmenanteil an der Regierung beteiligt sind. Hier ist das übliche Konkurrenzschema Regierungspartei versus Oppositionspartei auch in den Parlamenten auf Bundes- und Kantonalebene stark abgeschwächt durch das Bemühen, zu einvernehmlichen Entscheidungen zu kommen. Auch die ständige unmittelbare Einbindung der Bürger durch Volksabstimmungen und Referenden ist ein entscheidender Baustein dieses politischen Systems, das versucht, dem Ideal der Demokratie möglichst nahe zu kommen

Wer hat Angst vorm Losverfahren?



Wenn es also darum geht, die in Ritualen erstarrte Demokratie aufzufrischen, bietet es sich an, zum Wesenskern der Demokratie zurückzukehren und neben der auf Wahlen basierenden repräsentativen Demokratie ein direkt-demokratisches Element auf der Grundlage des Losverfahrens einzuführen. Die Legitimität der Einbeziehung ausgeloster Bürger in den politischen Prozess ergibt sich allein schon aus dem Grundprinzip der Demokratie, da jeder Bürger, so wie er einer demokratischen Regierung unterworfen ist, gleichzeitig grundsätzlich zur Teilhabe an der Herrschaft berechtigt ist.

Sieht man die Idee des Losens von diesem Standpunkt, so stellt es sich als ein besonders gerechtes und demokratietaugliches Verfahren heraus, weil jedes Mitglied einer Gesellschaft die gleichen Chancen hat, diese Gemeinschaft politisch zu vertreten. Es hat darüber hinaus für den politischen Prozess eine ganze Reihe sehr praktischer Vorteile. So muss man sich als erloster „Politiker“ keiner Gruppe anschließen und deren Interessen und Ziele vertreten, man muss keinen Wahlkampf führen, bei anderen um Stimmen werben und sich bei ihnen anbieten, dabei eventuell die eigenen Überzeugungen verleugnen, man kann ganz man selbst bleiben und im Fall der „Erlosung“ das Ideal eines Abgeordneten leben, der, wie es im Grundgesetz heißt, „an Aufträge und Weisungen nicht gebunden (ist) und nur (seinem) Gewissen unterworfen.“

Die hier vorgeschlagene Einrichtung orientiert sich an und ist sozusagen eine spezielle Form der als Planungszellen Anfang der 70er Jahre von dem Wup-

pertaler Professor Diemel entwickelten Diskussionsforen, in denen von zufällig ausgelosten Bürgern, die von einer politischen Entscheidung oder einer notwendigen Maßnahme betroffen sind, in wechselnden Gruppenzusammensetzungen unter Beiziehung von Experten eine Lösung gesucht und gefunden wird. Diese Form eines Bürgerforums wurde nahezu zeitgleich, aber unabhängig voneinander auch in den USA von Ned Crosby unter dem Namen „Citizen's Committee“ institutionalisiert (später in „Citizen's Jury“ umbenannt). In der inzwischen fünfzigjährigen Tradition haben nach diesem Prinzip eingerichtete Bürgerforen in vielen Ländern der Erde und auf allen politischen Ebenen stattgefunden und Empfehlungen erarbeitet zu teilweise hochbrisanten gesellschaftlichen Streitfragen, bei denen die Politiker nicht in der Lage waren, die Gräben zwischen entgegengesetzten Lagern in der Bürgerschaft zu überbrücken.

Ein besonders eindrucksvolles Beispiel für die erfolgreiche Rolle eines Bürgerforums bei der Bewältigung schier unlösbarer Streitfragen ist die „Convention on the Constitution“ in Irland, ein von der Regierung eingesetztes Gremium, das sich mit Änderungen verschiedener Verfassungsartikel zu befassen hatte. Es war nicht nur aus gelosten Bürgern zusammengesetzt, sondern umfasste im Verhältnis zwei zu drei auch gewählte Politiker, mit den gelosten Bürgern in der Mehrheit. Die Politiker hatten keinen Sonderstatus, sondern waren Teil eines deliberativen Prozesses, bei dem über einen Zeitraum von einem Jahr heiße Themen wie etwa die gleichgeschlechtliche Ehe hauptsächlich in Kleingruppen und im Plenum untereinander, aber auch in Anhörungen von Experten und Sichtung von Eingaben aus der Bevölkerung diskutiert und schließlich mit Mehrheit Beschlüsse gefasst wurden, die an das Parlament geschickt, von diesem beraten und akzeptiert und dann in einem Referendum der Bevölkerung vorgelegt wurden. Es ist interessant zu beobachten, dass etwa die gleichgeschlechtliche Ehe im Bürgerkonvent eine Zustimmung von fast 80 Prozent erreichte, im Referendum aber nur auf 62 % kam. Nichtsdestoweniger war es das Bürgerforum, das die Tür überhaupt erst aufgestoßen hat, um in der Bevölkerung eine mehrheitliche Zustimmung zu erreichen.

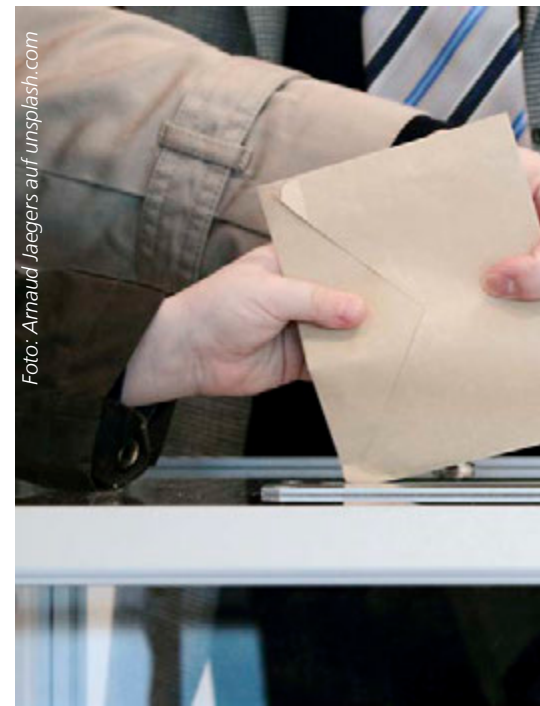


Foto: Arnaud Jaegers auf unsplash.com

Zusammenarbeit von gewählten Politikern und gelosten Bürgern



Die irische „Convention on the Constitution“ zeigt auch noch einen anderen interessanten Aspekt der Idee des Losverfahrens im politischen Prozess. Es ist keineswegs zwingend notwendig, dass alle Teilnehmer eines deliberativen Gremiums zufällig per Los aus der Bürgerschaft bestimmt werden müssen. Eine Mischung aus gewählten und gelosten Mitgliedern kann sich durchaus zu einem erfolgreichen Bürgerforum entwickeln, wenn nur die Bereitschaft zum gegenseitigen Zuhören und unvoreingenommenen Diskutieren vorhanden beziehungsweise durch erfahrene Moderatoren aufgebaut wird. Natürlich besteht die Gefahr, dass die besser informierten und rhetorisch geschulten Parteivertreter ihre Überlegenheit ausspielen, aber diese schwächt sich im Verlaufe eines langen Beratungsprozesses, in dem die Bürger sich in die Materie einarbeiten, immer mehr ab. Weitaus bedeutender ist die Tatsache, dass in einem solchen gemischten Gremium die aus verschiedenen Lagern kommenden Parteipolitiker und Bürger das Misstrauen voneinander verlieren und gegenseitigen Respekt entwickeln. Dies kann als ein hoffnungsvolles Indiz gesehen werden für das hier vorgestellte Projekt eines Parlamentes, das sowohl aus gewählten



Parteivertretern wie aus zufällig aus der Gesamtheit der Bürger gelosten Abgeordneten besteht.

Die Einrichtung des Bürgerforums erweist sich für beide – Bürger und Politiker – als *Win-Win*-Situation: die Bürger stellen fest, dass sie nicht nur gehört werden, sondern politische Entscheidungen sogar mitbestimmen. Für die Politiker ist der Gewinn möglicherweise sogar noch größer, insofern ihnen das Votum der Bürger eine zusätzliche Legitimation für ihre Politik gibt und zu einer hohen Akzeptanz der schließlich getroffenen Entscheidungen führt.

Aber auch wenn die „gewählte“ Politik sich nicht nur das letzte Wort vorbehält oder solche Bürgerräte für eine geschickte Abwehr weitergehender Forderungen der Bürger nach politischer Mitbestimmung nutzt, die Idee der zufällig ausgelosten Bürgerräte ist Teil der demokratischen Wirklichkeit geworden.

Auf der Website „Bürgerrat“ wird (*Stand Juni 2021*) werden allein auf nationaler Ebene etwa zwanzig Bürgerräte in Europa, Kanada und Australien aus jüngster Zeit oder in Vorbereitung befindlich aufgelistet. Daneben gibt es eine Vielzahl von ähnlichen Einrichtungen auf kommunaler und regionaler Ebene.

Dazu gehört auch Deutschland, wo seit 2019 das Projekt „Bürgerräte“ mächtig Fahrt aufgenommen hat.

Der Verein „Mehr Demokratie e. V.“, der sich seit Jahrzehnten die Einrichtung und Durchführung von Bürger- und Volksentscheiden zum Ziel setzt und damit auf kommunaler und Landesebene große Erfolge erzielt, hat vor ein paar Jahren die Propagierung von Bürgerräten als ein weiteres Instrument zur Förderung der direkten Demokratie entdeckt. So hat „Mehr Demokratie“ im Jahr 2019 einen Bürgerrat „zur Zukunft der Demokratie“ in eigener Regie organisiert, mit 157 zufällig, aber strukturiert ausgelosten Bürgern, die sich über vier Tage in wechselnden Kleingruppen jeweils mit einem/r Moderator/in zusammenfanden und am Ende ca. 80 Vorschläge zur Stärkung der Demokratie erarbeiteten, die auf 22 wesentliche, umsetzbare Forderungen und Empfehlungen an die Politik verdichtet wurden. Die Ergebnisse wurden im November 2019 an den Bundestagspräsidenten weitergereicht.

Bisher gibt es keinerlei verbindliche Vereinbarung, dass die Beratungsergebnisse vom Parlament aufgegriffen, geschweige denn umgesetzt werden müssen, nicht einmal ein Versprechen, dass die Vorschläge dem Parlament vorgelegt werden müssen. Eine prozessuale Verbindung zwischen Bürgerrat und Parlament existiert (noch!) nicht.

Nichtsdestoweniger kann man feststellen: Das Losverfahren ist in der Mitte der Politik angekommen, das heißt als ein anerkanntes Instrument der politischen Willensbildung in der Demokratie. In den letzten Jahrzehnten hat es zahlreiche Verfahren in vielen Ländern mit unterschiedlichen parlamentarischen Strukturen gegeben, bei denen die gewählten Volksvertreter den Sachverstand von Bürgerforen eingeholt haben. Das Losverfahren, also die Einbeziehung normaler Bürger, die aus der Mitte der Bevölkerung per Losverfahren ausgewählt werden und ein Mandat erhalten, an der Lösung politischer Probleme mitzuwirken, ist aus der Vorstellung von Demokratie nicht mehr wegzudenken.

Es gibt aber inzwischen eine fast unübersehbare Literatur zu diesem Thema, worauf schon van Reybrouck in seinem 2013 erschienenen Buch hin-

gewiesen hat. Seitdem sind zahlreiche neue Publikationen erschienen, vor allem gibt es inzwischen Vereine und Informationskanäle, die sich um die Vernetzung und den Austausch der zahlreichen Initiativen im Bereich der Losverfahren in der Politik kümmern.

Das Thema ist, wenn auch in der breiten Öffentlichkeit noch nicht so präsent, aus der politischen Diskussion, um die Auffrischung der Demokratie nicht mehr wegzudenken. Allerdings steht der große Durchbruch noch aus. Es gibt vor allem bisher noch kein Modell, bei dem die ausgelosten Bürger direkt und gleichberechtigt am parlamentarischen Geschehen teilnehmen.

Es gibt inzwischen aus aller Welt Vorschläge und ausgearbeitete Entwürfe von Wissenschaftlern, Journalisten und Politikern für eine Ergänzung der repräsentativen Demokratie mit einem losbasierten parlamentarischen Element. Einige gehen sogar so weit, das gewählte Parlament durch ein gelostes zu ersetzen. Die meisten sprechen sich für eine zweite Kammer neben der mit den gewählten Abgeordneten aus. Alle diese Reformen würden eine Änderung der Verfassung erfordern. Zumindest diese Hürde vermeidet der hier vorgestellte Vorschlag, die gelosten Bürger direkt in das gewählte Parlament zu entsenden.

Er sieht vor, die Sitze im Parlament nach Wahlberechtigten zu verteilen, also nicht die Stimmen der Nichtwähler und derer, die aus Protest ungültige Stimmen abgeben (und derjenigen, die für Parteien gestimmt haben, die unter 5 % geblieben sind), auf die gewählten Parteien zu verteilen, sondern die restlichen Plätze im Parlament entsprechend dem Prozentsatz der großen Gruppe derjenigen, die nicht diese Parteien gewählt haben, auf per Los ermittelte Personen aus der Bürgerschaft zu verteilen. Das wäre zum einen nur gerecht und würde die wahre Bedeutung und den tatsächlichen Rückhalt offenbaren, den die etablierten Parteien bei der Bevölkerung haben, zum anderen würde es den vielen Menschen, die aus welchen Gründen auch immer sich nicht entschließen können, für eine dieser Parteien zu stimmen, eine Vertretung im Parlament geben.

Das Phänomen der Nichtwähler nicht einfach aussitzen



Man kann natürlich argumentieren, dass die Nichtwähler selbst schuld sind, wenn sie im Parlament nicht vertreten sind, schließlich haben sie ja freiwillig auf ihr Wahlrecht verzichtet. Mit einer solchen Argumentation macht man es sich aber zu leicht und übersieht, dass viele Bürger durchaus gute Gründe haben, in den sich anbietenden Parteien keine Repräsentanten ihrer Interessen zu sehen. Das Ansehen der Parteien ist in Deutschland auf ein recht niedriges Niveau gesunken; sie gelten vielen Bürgern, darunter auch einer großen Zahl derer, die am Wahltag trotzdem ihr Kreuz bei ihnen machen, als mehr am eigenen als dem Gemeinwohl orientiert. Mit der Abneigung gegen die Parteien und dem Verzicht auf das Wahlrecht wächst auch die Distanz zur Demokratie. Aus diesem Grund ist es nicht nur nicht erlaubt, sondern höchst gefährlich, das Phänomen der Nichtwähler sich selbst zu überlassen.

Es ist aber auch aus demokratietheoretischer Sicht geboten, alle Bürger politisch zu repräsentieren, also auch solche, die von dem Instrument der Wahl keinen Gebrauch machen, wenn es anders möglich ist, wie durch die hier vorgeschlagene Zulosung von parteiunabhängigen Personen, ihnen eine Stimme zu geben und sie so ins System zu integrieren. Dies umso mehr, wenn man sich der Tatsache bewusst bleibt, dass die Wahl selbst kein genuin demokratisches Instrument ist.



Foto: Gayatri Malhotra auf unsplash.com

Frustrationen und Protestbildung entgegenwirken



Wichtiger aber ist der praktische Effekt, der darin besteht, dass Frustrationen und Zweifel an der Wirksamkeit und Gerechtigkeit der Demokratie, die sich ja nicht nur in Wahlenthaltung, sondern zunehmend auch in wütenden Protesten sowohl auf der Straße wie auch in den sozialen Medien niederschlagen, auf diese Weise aufgefangen und abgebaut werden können. Wenn die Wahlenthaltung nicht nur ein „Nein“ zu den gegebenen Verhältnissen bedeutet, sondern den Raum der Demokratie erweitert, indem für die Bürger auch außerhalb der Parteien eine Mitwirkungsmöglichkeit entsteht, verliert die negative Energie, die sich gegen den Parteienstaat und über diesen gegen die Demokratie selbst richtet, ihre Grundlage.

Über die Notwendigkeit, die demokratischen Strukturen und Praktiken aufzufrischen, besteht inzwischen ein breiter Konsens. Der Parteienstaat derzeitiger Prägung kommt von zwei Seiten unter Druck. Zum einen ist das Vertrauen in die Fairness, aber auch die Kompetenz der etablierten Politiker geschwunden, zum anderen sind die Bürger selbstbewusster geworden und wünschen sich Partizipationsmöglichkeiten, die über das Wählen alle vier oder fünf Jahre hinausgehen. Wie die Konjunktur der Bürgerforen in den letzten Jahren in vielen entwickelten Demokratien zeigt, ist die Beteiligung geloster Bürger am politischen Prozess inzwischen ein anerkanntes und erfolgreiches neues Medium der politischen Willensbildung.

Ein qualitativer Sprung



Bisher sind diese direkt aus der Bürgerschaft ausgelosten Gremien auf die Beratung der Politiker und die Vorbereitung von parlamentarischen Entscheidungen beschränkt. Der hier gemachte Vorschlag, dieses Modell so zu übertragen, dass geloste Bürger neben den gewählten Parteivertretern im Parlament vertreten sind, dort mitberaten und auch mitbestimmen, stellt zweifellos einen qualitativen Sprung dar. Er scheint auf den ersten Blick revolutionär – aber nur weil er durch jahrelang Gewohntes überschattet wird. Wir kennen praktisch Demokratie nur als repräsentative Demokratie, geprägt durch aus Wah-

len gebildeten Parlamenten. Seit ihrer Wiederentdeckung im 18. Jahrhundert ist Demokratie nie anders praktiziert worden, obwohl sie das ihrem Wesen nach gar nicht ist. Mit der Ergänzung des Parlaments durch geloste Bürger (entsprechend dem Prozentsatz der Nichtwähler) wird im Grunde genommen nur ein Stück originaler Demokratie wieder hergestellt.

Damit erledigt sich gleich der Einwand, dass dieser Vorschlag einen schwerwiegenden Eingriff in das demokratische System darstellt. Wenn das System, das wir praktizieren, nicht genuin demokratisch, sondern repräsentativ ist, kann eine Infusion von originär demokratischen Elementen das System nicht beeinträchtigen. Es ist in der Tat eine revolutionäre Veränderung, aber revolutionär nur insofern, als sie gewohnte Denkmuster umstürzt.

Angst vor Chaos oder Lähmung des Parlamentsbetriebs unbegründet



Wie genau die Integration der zugelosten Bürger in den Parlamentsbetrieb organisiert werden soll, ist für die weiteren Überlegungen noch nicht relevant und muss an dieser Stelle nicht im Detail überlegt werden. Es wird zweifellos in der Praxis des Parlamentsbetriebs Veränderungen geben, wenn Menschen ihren eigenen Standort sich erarbeiten und vertreten, die nicht eingebunden sind in die Regeln von Partei- und Fraktionsdisziplin und in die reflexhaften Zustimmung- und Ablehnungsrituale, je nach Zugehörigkeit zu Regierung oder Opposition. Dass dies notgedrungen zu Lähmung oder gar Chaos führen muss, ist nicht nur unbewiesen, sondern im Gegenteil eher unwahrscheinlich. Das Misstrauen gegenüber der politischen Qualität „einfacher“ Bürger beruht auf ungeprüften Vorurteilen. Die Erfahrungen mit den Bürgerforen haben gezeigt, dass diese ausgelosten Personen mit einem hohen Verantwortungsbewusstsein an die ihnen übertragene Aufgabe herangehen. Natürlich bedürfen sie einer umfassenden gezielten Beratung, um ihrer Rolle als Entscheider gerecht zu werden. Wie bei den Bürgerforen ist dies die selbstverständliche Grundvoraussetzung für das Gelingen eines solchen Modells eines gemischt aleatorisch-repräsentativen Parlaments.

Auch gewählte Politiker sind, vor allem wenn sie neu ins Parlament kommen, nicht in allen politischen Fragen Experten und haben einen Stab von Mitarbeitern an ihrer Seite, die sie informieren und beraten. Im Gegensatz zu den freien Parlamentariern, die sich nicht an irgendwelchen übergeordneten Führungsfiguren orientieren, sind die parteipolitisch gebundenen Abgeordneten nur allzu oft bereit oder sogar gezwungen, ihren Standpunkt zu bestimmten Themen und Entscheidungen nicht selbst zu suchen, sondern die Meinung der Fraktionsführung oder der Mehrheit der Kollegen zu übernehmen.

Das Neben- und Miteinandervon gewählten und ausgelosten Abgeordneten ist sicherlich am Anfang gewöhnungsbedürftig. Aber wie das Beispiel der irischen „Convention on the Constitution“ gezeigt hat, führt es auf Dauer sogar zu einem besseren Verständnis der jeweilig anderen Seite. Die Bürger erleben mit, wie die Politiker vielfältigen Einflüssen aus der Parteibasis, der Fraktionsführung, den Lobbyisten ausgesetzt sind, und die Politiker lernen die politischen Themen aus der Alltagsperspektive der Bürger kennen. Dies führt nicht nur zu gegenseitigem Verständnis, sondern auch zu Respekt vor dem, was die jeweils andere Seite in die Diskussion und den Entscheidungsprozess einbringt, es schafft Verständnis auf Seiten der Bürger für manche unpopuläre politische Entscheidung, es führt sicherlich auch zu mehr Bürgernähe bei den Parteivertretern.

Verbreiterung der Basis für politische Entscheidungen

Einer der wichtigsten Vorzüge der Einbeziehung „normaler“ Bürger in den parlamentarischen Prozess ist auf jeden Fall die Verbreiterung der Basis, aus der heraus politische Entscheidungen getroffen werden. Die aus der Mitte der Bevölkerung ausgelosten Bürger bringen eine Vielfalt ins Parlament, die der jetzigen Auslese über die Parteien mangelt. Da das Losverfahren so strukturiert sein sollte, dass alle Schichten der Bevölkerung, alle Altersgruppen, Männer und Frauen vertreten sind, wird auch die Verschiedenheit der Bevölkerung angemessen widerspiegelt.

Ein weiterer Vorteil ist die Unabhängigkeit der parteilosen Parlamentarier. Sie brauchen auf keine Basis Rücksicht zu

nehmen, sich nicht Beschlüssen übergeordneter Gremien zu unterwerfen. Sie können, wie an anderer Stelle schon ausgeführt, wahre Abgeordnete im Sinne des Grundgesetzes sein, die „Vertreter des ganzen Volkes (sind), an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen“.

Sie stehen nicht unter ständigem Entscheidungsdruck, sondern können sich Zeit nehmen für deliberative Prozesse untereinander, aber auch mit Beratern von außerhalb. Auf diese Weise können sie, wie bei den Bürgerforen erfolgreich vorgemacht, ein politisches Problem gründlich und von allen Seiten diskutieren und zu einer konsensualen Entscheidung beitragen.

Ohne den Druck der Wahlkämpfe mehr Zeit und Energie für die politische Arbeit

Die zugelosten Bürger brauchen keine Wahlkämpfe führen, das gibt ihnen mehr Zeit und Energie für die eigentliche politische Arbeit. Es macht sie aber vor allem auch frei von jeglichem Druck einer Basis, der sie Wahlversprechungen gemacht haben und denen sie entsprechende Ergebnisse liefern müssen. Die freien Bürger können ihr Mandat ohne Rücksicht auf eine zukünftige Karriere, die es eben nicht gibt, ausüben.

Sie sind keinen Partikularinteressen verpflichtet, wie es Parteipolitiker zwangsläufig sind aufgrund ihrer Parteiprogramme und Wahlkampfaussagen. Da sie selbst mit ihrem Mandat keine persönlichen Ziele verfolgen, ist vielmehr zu erwarten, dass sie sich grundsätzlich am Gemeinwohl orientieren.

Die Anwesenheit von „normalen“ Bürgern neben den Abgeordneten der Parteien wird auch den Einfluss der Lobbyisten zurückdrängen. Diese wenden sich vornehmlich an die zum jeweiligen Thema einflussreichen Mitglieder des Parlaments (und der Regierung), weil sie über diese als Hebel Entscheidungen in ihrem Sinne beeinflussen können. Die nicht parteigebundenen Abgeordneten entziehen sich diesem Einfluss und können mit ihren Stimmen manch eine Lobbyistenkampagne unterlaufen.

Das Zusammensein im Parlament mit nicht parteigebundenen Abgeordneten wird auch das Verhalten und die Sicht-

weise der gewählten Parlamentarier auf Dauer verändern hin zu mehr Offenheit und Unabhängigkeit. Überhaupt wird die Mischung aus erfahrenen Berufspolitikern und Menschen mit Alltagserfahrung die Demokratie beleben und den Bürgern die Hoffnung zurückgeben, dass Politik nicht etwas ist, das an ihnen vorbei praktiziert wird.

Die Politik wird mehr gemeinwohlorientiert und an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet sein, wenn im Parlament die Alltagserfahrungen aus der Bevölkerung zum Tragen kommen. Die Abkehr von der sterilen Regierungs-Op- position-Konfrontation wird die Kompromissbildung erleichtern. Sie wird auch dazu beitragen, dass in gemeinsamer Verantwortung unpopuläre Entscheidungen getroffen und durchgesetzt werden können, vor denen sich sonst die um ihre Wahlchancen fürchtenden Abgeordneten scheuen.

Der vielleicht bedeutendste Vorzug dieses Projekts eines gemischt aleatorisch-repräsentativen Parlaments ist der Zwang für die Parteien, sich zu reformieren, sich neu zu definieren. Sie müssen ihre Existenzberechtigung im demokratischen System neu und unter veränderten Vorzeichen, nämlich unter Verlust ihrer Monopolstellung, unter Beweis stellen. Wenn die Bürger die Möglichkeit haben, nicht nur „Nein“ zu den Parteien zu sagen, sondern sich ihnen eine positive Alternative in Form von freien Abgeordneten anbietet, müssen die Parteien beweisen, dass sie mit Recht vom Grundgesetz dazu aufgefordert sind, an der Willensbildung des Volkes mitzuwirken. Es dürfte dann auf längere Sicht Schluss sein mit den hohlen Phrasen und wohlklingenden, aber nichtssagenden Versprechungen, von denen die Wahlprogramme voll sind. Die Parteipolitiker werden klar und deutlich darstellen müssen, wie sie sich die Zukunft der Gesellschaft vorstellen und welche konkreten Maßnahmen hierzu sie ergreifen werden. Der Einfluss der Partikularinteressen, der Interessensverbände, der Lobbyisten wird zurückgehen, wenn die Parteien mit den „normalen“ Bürgern in Wettbewerb treten müssen, wem die Sorge um das Gemeinwohl am wichtigsten ist. Die Parteien können die wachsende Zahl der Nichtwähler nicht mehr ignorieren, denn mit ihnen wächst ihre Konkurrenz im Parlament.

Die Parteien haben für die Verankerung der Demokratie in Deutschland einen wichtigen Beitrag geleistet, indem sie die Bürger an dieses System herangeführt, mit ihm vertraut und es zu schätzen gelehrt haben. Aber sie haben ein Monopol errichtet und unter dessen Zelt einerseits ihre Macht und ihren Einfluss überdehnt und zum anderen den Kontakt mit den Bürgern vernachlässigt und teilweise verloren. Sie sehen die Nichtwähler durchaus als unangenehmes Phänomen, aber es bedeutet keine unmittelbare Gefahr für sie, solange deren Stimmen nicht zählen.

Die Zeit der Schwerhörigkeit der Parteien ist vorbei



Es ist an der Zeit, dass die Parteien aus ihrer Selbstgerechtigkeit, die sie bequem und vor allem schwerhörig gemacht hat, ausbrechen und sich mit der Tatsache auseinandersetzen, dass sie mehr und mehr an Zustimmung verlieren – auch wenn sich das im Moment systembedingt nicht mit Machtverlust verbindet. Man sollte den Aufstieg der AfD vielleicht als die letzte Warnung nehmen, die in die Jahre gekommene Parteiendemokratie aus ihrer Stagnation zu befreien und mit einer mutigen Reform aufzufrischen. Wenn man die Demokratie für Bürger, die sich von ihr abgewandt haben, wieder attraktiv machen will, sind kosmetische Korrekturen, mit denen sich die Parteien ein neues Gesicht geben, wirkungslos. Es bedarf schon einer deutlichen Strukturreform, die den Bürgern signalisiert, dass die Parteien bereit sind, Macht abzugeben und auf die Bürger zuzugehen. Hierzu bietet sich das aleatorisch-repräsentative Modell an, das die Nichtwähler wieder in die Gemeinschaft zurückbringt. Das demo-

kratische System muss sich öffnen und erweitern durch das Losverfahren, über das neben den gewählten Parteivertretern auch unabhängige Bürger an den politischen Entscheidungen beteiligt werden. Ausgeloste Bürger müssen Teil des demokratischen Systems werden.

Nach den hier aufgeführten Vorzügen eines Modells, bei dem neben den gewählten Parteivertretern auch normale Bürger ins Parlament zugelost werden, müssten eigentlich die Türen für eine solche Reform weit offenstehen. Die Bürger hätten die Möglichkeit, ihre Unzufriedenheit mit den herrschenden Verhältnissen nicht nur durch Wahlenthaltung oder Protestwahl für populistische Parteien zum Ausdruck zu bringen, und das parlamentarische Geschehen würde sich mit der Anwesenheit von Menschen, die unbefangen und ohne Machtinteressen ihre Alltagserfahrungen einbringen, aus der Konfrontation zwischen Regierung und Opposition in Richtung auf einen deliberativen Prozess des Austauschs von Standpunkten und Argumenten mit der Suche nach Konsens und Kompromiss hin entspannen.

Aber natürlich sind die Chancen, dass es zu einer solchen Reform des demokratischen Systems kommt, zumindest im Moment eher gering. Dagegen spricht zum einen das allgemein menschliche Beharrungsbestreben, das sich allen Veränderungen, insbesondere solchen, die als revolutionär empfunden werden, entgegenstellt. Im konkreten Fall kommt noch hinzu, dass die Parteien, die selbst betroffen sind, die Veränderungen in Gang setzen müssten, die ihre Machtposition, ihr Monopol beschneiden. Es ist kaum zu erwarten, dass sie freiwillig auf ihren Einfluss und ihre Privilegien ver-

zichten und den Weg dafür frei machen, dass auch andere in den politischen Gremien, in denen sie derzeit unter sich sind, mitmischen. Dabei wäre es durchaus in ihrem wohlverstandenen Interesse, den Bürgern eine solche Möglichkeit einzuräumen, ihren Protest in dieser Form zum Ausdruck zu bringen und damit das Aufkommen extremer und radikaler Parteien zu verhindern. Im Parlament ist mit einem festgefügt Block von Extremisten und Blockierern viel schwieriger umzugehen als mit einer Ansammlung von Einzelpersonen.

Es sind aber vor allem die Hürden gewohnter Denkmuster zu überwinden, kennt man doch seit Jahrhunderten, seit ihrer Wiederentdeckung Demokratie nur als System gewählter Abgeordneter. Aber wenn immer mehr mit Bürgerforen experimentiert und praktiziert wird, werden sie allmählich Teil der politischen Kultur. Das Beispiel Irland zeigt, dass die Politik die Gremien der gelosten Bürger faktisch als gleichberechtigte Akteure ins System hineingenommen hat. Sie leisten den gewählten Vertretern einen unschätzbaren Dienst, indem sie besonders dornige Probleme im Vorfeld in deliberativer Weise aufarbeiten und klären und der Entscheidung des Parlaments zusätzliche Legitimation verschaffen.

Noch weiter ist die Entwicklung im Regionalparlament von Ost-Belgien, wo die von den Bürgern gebildete „Zweite Kammer“ als eine „*permanent advisory assembly*“ institutionalisiert ist, die dem gewählten Parlament zuarbeitet. Von hier zu dem Modell eines gemischt aleatorisch-repräsentativen Parlaments, also eines Parlaments aus gewählten und gelosten Abgeordneten, ist nur noch ein kleiner Schritt.

Werner Peters: „**Nichtwähler ins Parlament** – Auffrischung der Demokratie“; Broschur, 112 Seiten, Chelsea-Köln Verlag (2021) **10,00 €** ISBN 978-3-9823716-1-0

Werner Peters stellt ein Projekt zur „Auffrischung der Demokratie“ vor, die als Parteiendemokratie sich immer mehr von ihrem Wesenskern, der Regierung des Volkes durch das Volk, entfernt hat. Die Beschränkung der Mitwirkung des Volkes auf Wahlen ist nicht nur nicht ausreichend, sondern sogar schädlich, da Wahlen

die „post-demokratische“ Parteienherrschaft nur festigen, in der die Bürger nach der „Stimm-Abgabe“ keine Stimme mehr haben. Das Gefühl, dass Wahlen nichts ändern, ist eine der Hauptursachen für die wachsende Politikverdrossenheit, die sich unter anderem im Anstieg der Nichtwähler niederschlägt. Die Menschen müssen auch zwischen den Wahlen an der Politik beteiligt werden. Hierzu bietet sich das eigentliche Element der Demokratie an: das Losverfahren. Die Parteien werden ihre Mandate nicht mehr wie bisher nach den gültigen Wählerstimmen zugeteilt bekommen, son-

– was im Übrigen ihre wahre Verankerung in der Bevölkerung widerspiegelt – die übrigen Sitze im Parlament werden nach dem Prozentanteil der Nichtwähler an freie Bürger vergeben, die per Losverfahren aus der Bevölkerung ermittelt werden. Bürgerforen, die aus zufällig gelosten Bürgern bestehen, haben in den letzten Jahren in vielen demokratischen Ländern sogar auf nationaler Ebene eine wichtige Rolle bei der Lösung schwieriger politischer Probleme übernommen. Es ist an der Zeit, sie auch zur Auffrischung des steril gewordenen Parlamentsbetriebs einzusetzen.

In unserem zu bestellen: <https://shop.humane-wirtschaft.de/WP-Nichtwaehler>

Als eine der wenigen aktiven Politiker/innen hat Sahra Wagenknecht sich ganz konkret zu der Idee des Losverfahrens in der Politik bekannt und in ihrem neuen Buch „Die Selbstgerechten“ die Einführung einer echten zweiten Kammer aus gelosten Bürgern als sinnvolle Maßnahme zur Auffrischung der Demokratie vorgeschlagen.

Einige Eckpunkte zur Organisation des Modells

Da das Projekt des gemischten Parlaments im Moment eher eine Idee, eine Wunschvorstellung ist, scheint es mir nicht notwendig und auch nicht sinnvoll, die praktische Ausgestaltung in allen Einzelheiten hier zu erörtern. Aber einige Eckpunkte sollten doch angesprochen werden:

Die „freien“ Abgeordneten sollten nicht an der Regierung beteiligt werden, sondern ausschließlich ihre Rolle als Abgeordnete, als Mitglieder des Parlaments ausfüllen.

Sie sollten aber schon bei der Wahl des Regierungschefs mitwirken. Die üblichen Mehrheits- und Koalitionsbildungen der Parteien werden auf Dauer einer konsensualen politischen Kultur Platz machen. Dann wird die stärkste Partei den Kanzler, die Kanzlerin stellen, eine Praxis, die auch von den freien Abgeordneten unterstützt wird. Möglicherweise wird dann auch, wie in der Schweiz, die Regierung von Vertretern der Parteien nach ihrer Stärke besetzt.

Da die per Losverfahren bestimmten Abgeordneten nach Ablauf der Wahlperiode zurück in ihr normales Leben müssen, muss die Rückkehr in den Beruf sowohl finanziell wie auch organisatorisch umfassend geregelt werden. Während ihrer Abgeordnetentätigkeit müssen sie genauso entlohnt werden wie die gewählten Abgeordneten, möglicherweise sogar ein wenig besser, da sie ja nicht wie viele Abgeordnete eine Möglichkeit der weiteren Mandatstätigkeit haben oder nach dem Ausscheiden aus dem Parlament ein lukratives Angebot als Interessenvertreter eines Verbands oder Konzerns erhalten, wie es derzeit für gut vernetzte Abgeordnete nicht unüblich ist.


Vielleicht kann die Tatsache, dass die gelosten Abgeordneten nur eine Periode im Parlament verbringen, auch dazu führen, dass auch für die gewählten Abgeordneten ein „term limit“ eingeführt wird, eventuell von zwei Wahlperioden, wie es derzeit für das Amt des Bundeskanzlers/der Bundeskanzlerin im Gespräch ist.

Man müsste auch dafür sorgen, dass die Mentoren/Moderatoren, die man den gelosten Parlamentariern zur Seite stellt, damit sie ihre Aufgabe im Parlament kompetent ausüben können, immer wieder ausgewechselt werden. Sonst werden sie, die den Abgeordneten die organisatorischen und sachlichen Kompetenzen vermitteln, über ihre Rolle als Experten zu den eigentlichen Entscheidern.

Man sollte auch überlegen, ob den gelosten Bürgern nicht eine Art Schulungszeit oder Orientierungszeit vor der Aufnahme der eigentlichen Parlamentstätigkeit eingeräumt wird, in der sie auf ihre Rolle als Abgeordnete vorbereitet werden, damit sie mit dem nötigen Sachverstand an ihre Aufgabe herangehen können.

Auf kommunaler Ebene beginnen

Wenn der politische Wille da wäre, eine solche Idee eines gemischt aleatorisch-repräsentativen Parlaments einmal zu erproben, so könnte man auf kommunaler Ebene damit anfangen. Dort gibt es in den meisten Bundesländern bereits die Institution des Sachverständigen Einwohners oder Sachverständigen Bürgers in den Ausschüssen des Rates. Allerdings wird dieser nicht aus der Bürgerschaft erlost, sondern von den Parteien benannt, zum anderen hat er nach den meisten Kommunalverfassungen (Ausnahme u. a. NRW) auch nicht einmal im Ausschuss ein Stimmrecht. Man könnte in Zukunft per Los eine Anzahl Bürger (entsprechend der Prozentzahl der Nichtwähler) vielleicht am Anfang nur in die Ausschüsse, später dann auch in die Ratsparlamente entsenden – mit gleichen Rechten wie die gewählten Ratsmitglieder. Man könnte die Erfahrungen auf dieser kommunalen Ebene sammeln und auswerten und sie dann auf die Landes- und Bundesebene übertragen.

Auch der Ansatz, den der Verein „Mehr Demokratie“ verfolgt, könnte den Weg bahnen zu einer Vertretung unabhängiger, nicht an Parteien gebundener Bürger im Parlament. Mit ihren inzwischen drei erfolgreich durchgeführten Bürgerräten, deren Ergebnisse sie dem Bundestag übermittelt haben, sind die Initiatoren so selbstbewusst geworden, dass sie einen entscheidenden Schritt weitergehen und eine institutionelle Einbindung des Instruments „Bürgerrat“ in den Parlamentsbetrieb einfordern. Es soll nicht mehr länger dabei bleiben, dass die Ergebnisse der Beratungen von den gewählten Parlamentariern wohlwollend zur Kenntnis genommen, sondern sie sollen verpflichtend in die Agenda des Bundestages aufgenommen werden. Dies wäre ein erster Schritt zu einer faktischen, wenn auch noch nicht tatsächlichen Mitwirkung von gelosten Bürgern an der Gesetzgebung und würde die Tür zu dem hier entwickelten Projekt einer Auffrischung der Demokratie durch Ergänzung des Parlaments um ausgeloste Bürger ein Stück weiter öffnen. 

Zum Autor

Dr. Werner Peters



Jahrgang 1941, Studium der Altphilologie und Philosophie in Tübingen und Bonn. Nach der Promotion (1967) mehrjähriger Studienaufenthalt in den USA (mit Stationen an der Harvard

Universität und am amerikanischen Kongress). Ab 1970 in Deutschland als Politikberater tätig, seit 1984 Gründer und Betreiber des Künstlerhotels Chelsea in Köln. Gründer der Gruppe „Kölner Kommunitaristen“, aus der u. a. die Kölner Freiwilligen Agentur entstanden ist. Gründer und langjähriger Vorsitzender der Partei der Nichtwähler.

Zahlreiche Veröffentlichungen in Zeitschriften und Sammelbänden vor allem zur Theorie und Praxis der Demokratie.

Buchveröffentlichungen u. a.:

»The Existential Runner – Über die Demokratie in Amerika« (1992) (in den USA 1996 unter dem Titel „Society on the Run – A European View of Life in America“ erschienen). »Rätsel Amerika – Warum Amerikaner ganz anders sind« (2007/2009), »GENEROSITÄT – Für einen aufgeklärten Egoismus« (2013)

<https://DrWernerPeters.de>